



Evangelische Verantwortung

Mai 1987

Die Schöpfung bewahren

Helmut Kohl

In seiner Regierungserklärung vom 18. März 1987 unterstreicht Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl die Bedeutung einer verantwortungsbewußten Umweltpolitik, die sich auch den kommenden Generationen verpflichtet weiß.

Uns allen ist der Schatz der Natur nur auf Zeit anvertraut. Wir sind verpflichtet, sorgsam mit ihm umzugehen, ihn zu schonen und zu pflegen. Das ist auch eine Staatsaufgabe. Deshalb wollen wir den **Umweltschutz als Staatsziel** in das Grundgesetz aufnehmen.

Zu unbedenklich wurden Güter wie reine Luft und sauberes Wasser in Anspruch genommen. Diese Güter müssen einen Preis haben, der ihrem Wert entspricht. Eine zukunftsorientierte Wirtschaft benötigt die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen. Deshalb sind Gefahren für die Umwelt immer auch eine Herausforderung für unsere Wirtschaftsordnung.

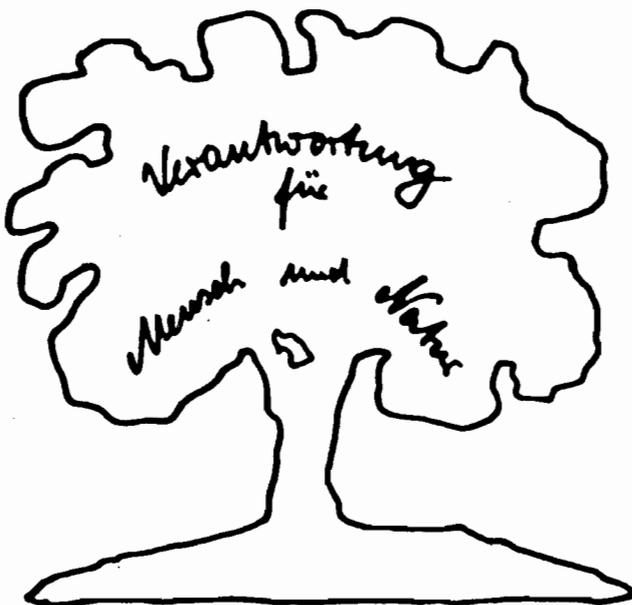
Die Bundesregierung prüft die Vielzahl von Anregungen, wie der Sozialen Marktwirtschaft ein ökologischer Ordnungsrahmen beigegeben werden kann.

Durchgreifender Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen erfordert erstens aufmerksame und gewissenhafte Pflege, zweitens umfassende und weitsichtige Vorsorge sowie drittens schnelle und wirksame Schadensbeseitigung und Wiedergutmachung.

In zunehmendem Maße beunruhigend sind globale Gefährdungen unserer Erdatmosphäre. So droht durch den sogenannten Treibhauseffekt eine gravierende Klimaveränderung. Hier gilt es die Forschung voranzutreiben, weltweit die Energieerzeugung durch fossile Brennstoffe zumindest nicht auszuweiten sowie der extensiven Rodung tropischer Regenwälder entgegenzuwirken.

In bedenklicher Weise wird auch die Ozonschicht angegriffen, die uns vor ultravioletten Strahlen schützt. Deshalb wird die Bundesregierung international auf einem **Verbot von gefährlichen Treibgasen** in Spraydosen bestehen und, wenn nötig, nationale Maßnahmen ergreifen.

Um unsere Umwelt zu bewahren, setzt die Bundesregierung ihre Politik einer konsequenten Luftreinhaltung fort.



Unter diesem Symbol und Motto finden Sie uns auf dem „Markt der Möglichkeiten“ während des 22. Deutschen Evangelischen Kirchentages in Frankfurt vom 17. – 21. Juni 1987 in Halle 5/1, Stand-Nr.: 5 B 37

Wir werden die **Luftschadstoffe in Ballungsgebieten weiter reduzieren** – beispielsweise den Schwefelgehalt in Brennstoffen – und dadurch auch zur Smogbekämpfung beitragen. Verbleites Normalbenzin wird bei uns auf der Grundlage einer EG-Richtlinie verboten. Die Schadstoffe von Diesel-Pkw werden reduziert. Wir werden das Programm zur Rettung unserer Wälder weiterentwickeln. Denn unser Wald – das wissen wir alle – hat eine unschätzbare Bedeutung für Wasserhaushalt, Klima, Gesundheit und Erholung und für die Unverwechselbarkeit der deutschen Kulturlandschaft.

Die Bundesregierung wird den **Gewässerschutz weiter verbessern**. Die tatsächlichen Einleitungen von Schadstoffen in Gewässer müssen durch eine Meldepflicht erfaßt werden. Wir werden den Ländern eine entsprechende Vereinbarung vorschlagen. Außerdem müssen Pläne zur Reduzierung von Schadstoffeinträgen ausgearbeitet werden.

Für den Grundwasserschutz wie für den Schutz von Nord- und Ostsee wird die Bundesregierung ein umfassendes Konzept beschließen und vorlegen.

Durch die Novellierung des Chemikaliengesetzes werden wir die rechtlichen Voraussetzungen schaffen, um **gefährliche Stoffe leichter verbieten** und Altstoffe besser erfassen zu können. Bei Abfällen wird neben der Vermeidung und Verringerung gefährlicher Stoffe ein weiterer Schwerpunkt die Altlastensanierung sein. Hier sind die Bundesländer zuständig, doch der Bund wird bei Forschungsvorhaben helfen.

Um umfassende und weitsichtige Vorsorge sicherzustellen, wird die Bundesregierung die **Störfallverord-**

nung novellieren und beim Umweltbundesamt eine zentrale Schadstoffdatei einrichten. Dem vorbeugenden Umweltschutz dienen wir auch mit der Weiterentwicklung umweltschonender Technologien.

Im Mittelpunkt unserer Forschungsanstrengungen stehen – neben Klima und Boden – die Sicherheit technischer Systeme, die komplexen ökologischen Zusammenhänge sowie weiterhin die Waldschäden.

Eine obligatorische Umwelthaftpflichtversicherung stärkt das Verursacherprinzip und soll das wirtschaftliche Eigeninteresse am Umweltschutz mobilisieren. Sie wird die verschuldensunabhängige Gefährdungshaftung ergänzen, die wir über den Bereich des Gewässerschutzes hinaus ausdehnen wollen.

Die strengen Auflagen und gesetzlichen Regelungen, für die wir eintreten, müssen auch konsequent vollzogen und mit deutlich höheren Bußgeldern oder – wenn nötig – strafrechtlichen Mitteln durchgesetzt werden.

Umweltschutz erfordert das Zusammenwirken benachbarter Staaten und in zunehmendem Maße weltweite Kooperation. Dabei muß sich nach unserer Überzeugung vor allem die Europäische Gemeinschaft auch zu einer europäischen Umweltgemeinschaft entwickeln. Die Bundesregierung wird wie bisher ihre Pionierfunktion wahrnehmen.

Ich möchte aber auch an jeden einzelnen Bürger unseres Landes appellieren: **Umweltschutz fängt zu Hause an, und verantwortete Freiheit beginnt auch immer bei den persönlichen Gewohnheiten.**

Das Europäische Umweltjahr – Chance für ein Europäisches Umweltbewußtsein

Walter Wallmann

Anläßlich der Eröffnung des Europäischen Umweltjahres im März 1987 betonte der erste Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Walter Wallmann, die Notwendigkeit einer grenzenüberschreitenden Umweltpolitik.

Der Europäische Rat, also die Versammlung der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten, hat das Jahr 1987 zum „Europäischen Jahr des Umweltschutzes“ erklärt.

Mit der einheitlichen Europäischen Akte, die hoffentlich in Kürze in Kraft treten kann, wird die Umweltpolitik als eigenständige Aufgabe der Europäischen Gemeinschaft in den

EWG-Vertrag aufgenommen. Zugleich wird der Umweltpolitik der Gemeinschaft ein neues, besseres Handlungsinstrumentarium zur Verfügung gestellt. Damit haben wir gute Voraussetzungen nach der Schaffung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auch eine „Europäische Umweltgemeinschaft“ zu verwirklichen. Es muß jetzt in der EG darum gehen, diesen neuen Auftrag mit Leben zu erfüllen. Das Jahr der Umwelt darf nicht nur ein weiteres feierlich beschlossenes „Jahr“ sein, dessen Wirkung gering bleibt.

Seit 15 Jahren gibt es die Umweltpolitik der EG; sie hat sich in der Vergangenheit grundsätzlich bewährt.

Wichtige Grundsätze der Umweltpolitik, wie das Vorsorge- und das Verursacherprinzip, sind in der Gemeinschaft verbindlich anerkannt. In vielen Bereichen des Umweltschutzes, so insbesondere im Chemikalienbereich, im Bereich der Abfallwirtschaft, im Bereich des Gewässerschutzes, aber auch im Bereich der Luftreinhaltung, hat die Gemeinschaft eine Reihe wichtiger Maßnahmen ergriffen.

Die Umweltprobleme sind jedoch drängender geworden. Die neuartigen Waldschäden haben insbesondere die Notwendigkeit weitergehender Maßnahmen der Luftreinhaltung erwiesen. Handlungsbedarf

besteht auch bei der Vorsorge gegen schwere Unfälle, insbesondere in der Chemieindustrie Europas, sowie hinsichtlich der EG-weiten Einschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe, wie Fluorchlorkohlenwasserstoffe und PCP. Die wachsenden Probleme der Abfallbeseitigung drängen nach einer gemeinschaftsweiten Lösung. Besondere Aufmerksamkeit verlangen weiterhin in Zukunft Fragen des Bodenschutzes.

Die Umweltpolitik der Europäischen Gemeinschaft muß sich auf höhere Anforderungen und eine schnellere Gangart einstellen, wenn sie nicht den Anschluß an die Entwicklung in den Mitgliedstaaten und in anderen Industrienationen verlieren will.

Die Gemeinschaft muß erkennen, daß eine strikte Umweltvorsorgepolitik eine Investition in die Zukunft ist, die sich ökologisch und auch ökonomisch lohnt.

Die Umweltpolitik der Gemeinschaft ist von den wirtschaftlichen und sozialen Problemen in den zwölf Mitgliedstaaten nicht zu trennen. Es ist eine Tatsache, daß bei einer Reihe unserer Partner wirtschaftlichen Gesichtspunkten gegenüber umweltpolitischen Erfordernissen ein höherer Stellenwert eingeräumt wird, als dies nach unserer Auffassung geboten wäre. Gemeinschaftliche Umweltpolitik kann diese Unterschiede nicht ignorieren.

Bleiben die gemeinschaftlichen Maßnahmen hinter den umweltpolitischen Erfordernissen in der Bundesrepublik Deutschland zurück, müssen wir unsere nationalen Möglichkeiten ausschöpfen.

Dabei müssen wir uns im klaren darüber sein, daß angesichts der grenzenüberschreitenden Umweltprobleme nationale Maßnahmen keine Alternative zur gemeinschaftlichen Umweltpolitik sein können.

Deshalb muß es in erster Linie unser Anliegen sein, bei unseren Partnern um mehr Verständnis für die Probleme der Umwelt zu werben, die ja nicht nur die unseren sind, sondern, wie etwa die Waldschäden und die zunehmende Belastung unserer Böden, uns alle betreffen.

Nur wenn bei allen Bürgern der Gemeinschaft die Bereitschaft besteht, Umweltschäden vorzubeugen und wirtschaftliche Tätigkeit der Prüfung im Lichte umweltpolitischer Anforderungen zu unterziehen, werden wir Fortschritte im Umweltschutz in der Gemeinschaft erreichen. Hierfür einen starken Impuls zu geben, ist das Ziel des Europäischen Umweltjahres.

Erst ein europäisches Umweltbewußtsein macht die Europäische Gemeinschaft auch wirklich zu einer „Europäischen Umweltgemeinschaft“.

Deutsch-sowjetisches Umweltabkommen — hoffnungsvolles Signal

Reinhard Göhner

Die Verhandlungen über ein Umweltabkommen mit der Sowjetunion haben in erstaunlich kurzer Zeit zu einem ebenso erstaunlichen konkreten Resultat geführt: Das Abkommen über eine außerordentlich weitreichende Zusammenarbeit auf allen Schwerpunktfeldern des Umweltschutzes soll schon in kurzer Zeit zur Unterzeichnung vorgelegt werden.

Das ist umwelt- und außenpolitisch ein hoffnungsvolles und wichtiges Signal: Bundesumweltminister Wallmann hatte bei seiner Moskareise im Herbst letzten Jahres die Initiative zu einem solchen Umweltabkommen gegeben. Daß bereits jetzt — nach viertägigen Verhandlungen — ein konkretes Ergebnis vorliegt, ist vor dem Hintergrund der scheinbar noch vor Monaten abgekühlten deutsch-sowjetischen Beziehungen ein bedeutsames Zeichen für das Interesse auch der Sowjetunion an ei-

ner Verbesserung des Verhältnisses.

Umweltpolitisch ist die Einigung über das Umweltabkommen ein bedeutsamer Schritt, weil gerade bei grenzüberschreitenden Umweltproblemen eine Zusammenarbeit unentbehrlich ist. Es ist zu hoffen, daß weitere Umweltabkommen mit anderen östlichen Staaten nunmehr abgeschlossen werden können. Nicht erst seit Tschernobyl wissen wir, daß ein Informations- und Erfahrungsaustausch auch für uns umweltpolitisch unverzichtbar ist. Der mit der Sowjetunion vereinbarte Austausch von wissenschaftlich-technischen Informationen, Dokumentationen und Forschungsergebnissen, der Austausch von Fachleuten und die Einrichtung einer gemeinsamen Kommission zur Vereinbarung von gemeinsamen Projekten und Forschungsvorhaben werden eine ge-

wisse frühere umweltpolitische Verschllossenheit überwinden helfen.

Besonders ist zu begrüßen, daß bei den Themen der Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes als erstes die Verhütung der Verschmutzung der Atmosphäre genannt ist. Auf diesem Gebiet wird nur eine weltweite Zusammenarbeit den notwendigen umweltpolitischen Erfolg bringen. Das Umweltabkommen mit der Sowjetunion ist ein Beitrag für wachsendes Umweltbewußtsein, das wir überall in der Welt brauchen.

Anmerkung: Dr. Göhner, MdB, ist Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Während des Kirchentages wird er am EAK-Stand kompetent Rede und Antwort stehen.

Kirche und praktizierter Umweltschutz

Wenn der Pastor sein Auto verkauft

Der Pastor in einem Stadtteil in Berlin hat sein Auto verkauft. Er hat dafür ein schlichtes Fahrrad erstanden. Die Kaufleute in der Gemeinde haben den Kopf geschüttelt. Sie fürchteten, der Pastor und seine Herde würden nun noch weiter hinter der Zeit zurückbleiben. Aber der Pastor rechnete ihnen vor, daß er im Verkehrsgewühl der Großstadt, Warten vor Ampeln und Suchen eines Parkplatzes einbezogen, bei vier Hausbesuchen insgesamt nur elf Minuten verlor. Die aber, sagte er, seien kein Verlust.

Denn: 1. Das Auto als Statussymbol sei bei seinen Hausbesuchen sowohl als Gesprächsgegenstand wie als trennendes Element ausgeschieden. Die Gemeinde teile sich nun nicht mehr in Leute, die einen größeren, und Leute, die einen kleineren Wagen führen als er.

2. Er komme zu den Leuten auf eine für heutige Verhältnisse ungewohnte Weise. Das erleichtere es ihm, das Gespräch schneller auf zentrale Dinge zu lenken. Denn Ziel seiner Hausbesuche sei es ja auch nicht, alltägliche Gespräche zu führen.

3. Auf dem Weg von Familie x zu Familie y könne er sich die Probleme von Familie x gründlich von der Seele strampeln. Trotz abgashaltiger Großstadtluft habe der schwache Fahrtwind einen reinigenden Effekt. Bei Familie y sei er dann wieder frei und aufnahmebereit.

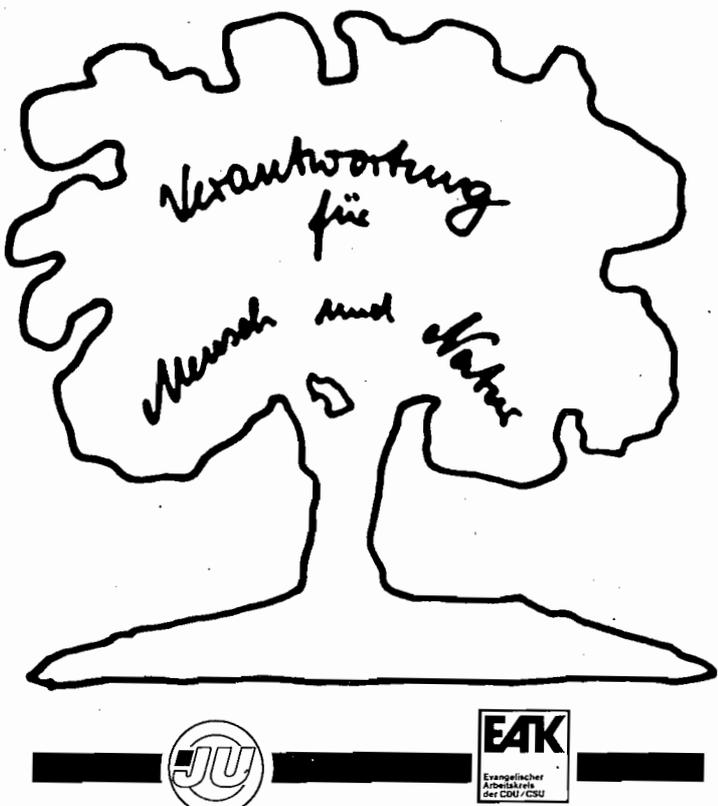
Wenn der Pastor nach dem vierten Besuch nach Hause kommt, hat er zwar Spritzwasserflecken an der Hose, aber sonst ist er frisch. Frau und Kinder wissen ihm dafür Dank. In einer Zeit, in der Bischöfe Mercedes und fortschrittliche Prediger moderne Autos fahren, ist der Pastor auf dem Fahrrad immerhin beachtlich. Und das um so mehr, wenn man bedenkt, daß die ersten Jünger die Aufträge ihres Herrn samt und sonders zu Fuß erledigt haben. Und nirgends

wird berichtet, daß ihre Schreibtische deshalb unter unerledigten Aktenstapeln zusammengebrochen wären.
Gerd Rumler/idea

Kircheneigenes Windkraftwerk als Modellprojekt im Emsland

Ihren Energiebedarf will die evangelische Kirchengemeinde im Emsland demnächst weitgehend aus einem kircheneigenen Windkraftwerk decken. Ein entsprechender Antrag

des Kirchenvorstandes liegt gegenwärtig der hannoverschen Landeskirche vor. Die Entscheidung über das Projekt soll nach einem jetzt in Auftrag gegebenen Gutachten der Technischen Universität Hannover fallen. Die Anlage mit einer Leistung von 60 bis 80 Kilowatt soll in Wind-Wärme-Koppelung mit Speicherung überflüssiger Wärme das neue Jugend- und Gemeindehaus sowie Pfarrhaus und Kirche des Ortes mit 1.000 Einwohnern versorgen.



Unter diesem Symbol und Motto finden Sie uns auf dem „Markt der Möglichkeiten“ während des 22. Deutschen Evangelischen Kirchentages in Frankfurt vom 17. – 21. Juni 1987 in Halle 5/1, Stand-Nr.: 5 B 37.

Im Themenbereich V: „Menschen in Gottes Schöpfung – Versöhnung mit der Natur“ wollen wir gemeinsam mit der Jungen Union unter der Devise „Jeder kann Verantwortung tragen“ nicht nur über Grundsatzfragen einer zukunftsorientierten Umweltpolitik, sondern auch über konkrete Schritte praktizierten Umweltschutzes mit den Kirchentagsteilnehmer diskutieren.

Vielleicht kommen auch Sie bei uns in Halle 5 vorbei?!

Seht, welch ein Mensch Gedanken zur Kirchentagslosung

Burkhard Budde

Die Holzbrücke war kein Schmuckstück in der rauhen Gebirgslandschaft. Im Gegenteil. Sie schien schon sehr alt und morsch zu sein. Sie machte uns Angst. Wird sie begehbar sein? Wir zögerten weiterzugehen. Gibt es denn keinen anderen Weg, der über den gefährlichen Abgrund führt? Einer antwortet: „Einen besseren Weg kenne ich nicht. Ihr könnt euch auf die Brücke verlassen. Sie ist tragfähig“. Daraufhin ging einer nach dem anderen das Wagnis ein und erfuhr: Der Mann hat Recht. Nur dieser Weg führt sicher über den tiefen Abgrund.

Sieht unser inneres Auge die Brücke, die über den Abgrund des Leidens und der Sinnlosigkeit führt? Oder sind unser Augen „gehalten“, vielleicht auch geblendet? Hören wir die Stimme aus dem Stimmengewirr unserer Tage, die uns ermutigt, das Wagnis des Glaubens einzugehen?

Seht und hört auf Jesus Christus!

Seht, welch ein leidender Mensch: Theologisch mißverstan-

Aus dem Inhalt

Schöpfung bewahren	1
Das europäische Umweltjahr	2
Deutsch-sowjetisches Umweltabkommen	3
Kirche und praktizierter Umweltschutz	4
„Seht, welch ein Mensch“	5
Kirchentag und Kontokündigung	6
Anfrage	7
Verstand in der Posaune – Stimmen zur Kirchentagsentscheidung	8
Kommentar: Der gebeugte Kirchentag	9
Gott in Frankfurt – Eine Geschichte mit über 1000jähriger Tradition	9
Namen und Nachrichten	12
Aus unserer Arbeit	13
Buchbesprechung	15
Termine	15

Einladung



22. Deutscher
Evangelischer
Kirchentag
Frankfurt 1987
17.-21. Juni



den, menschlich mißhandelt, politisch mißbraucht; Ängste und Schmerzen, Sinnlosigkeit und Enttäuschungen durchleidend. Seine Freunde und Begleiter lassen ihn im Stich. Von seinem Vater fühlt er sich weit entfernt: „Mein Gott, mein Gott, warum hast du mich verlassen?“ Das ist kein Schrei eines starken Helden oder eines himmlischen Zitterwensens. Da hängt vielmehr ein gequälter Mensch aus Fleisch und Blut am Kreuz, der weder seine Gefühle unterdrückt noch verherrlicht.

Wer dieses Leiden in heroischer Weise verklärt oder auf die leichte Schulter nimmt, wer mitstöhnt und mitjammert, weil es zum guten Ton seiner religiösen Weltanschauung gehört, wer sich für Jesu Leiden interessiert, um sich dagegen als „krisenfest“ abheben zu können, wer in „Demut“ den „untersten Weg“ geht und im geheimen nach Applaus schießt, der hat nichts begriffen von dem bittersten Ernst und der dunkelsten Finsternis der Gottverlassenheit und des Todes.

Seht, welch ein gehorsamer Mensch! Da nimmt ein Unschuldiger sein Leiden bewußt an und leidet anders. Im Gebet gewinnt er die Gewiß-

heit, daß sein unbegreifliches Leiden trotzdem Gottes Weg für ihn ist. Der Adressat seiner Schreie bleibt sein Vater, dem er zugleich gehorcht und sich selbst anvertraut: „In deine Hände befehle ich meinen Geist“. Ein Beobachter, der in der Nähe seines Kreuzes steht, erfaßt das Geheimnis seiner Person: „Dieser Mensch war in Wahrheit Gottes Sohn“.

Da ist ein Mensch, der nicht nur einen unerhörten Vollmachtsanspruch erhebt, an Gottes Stelle zu reden und zu handeln. Der nicht nur davon überzeugt ist, den Willen Gottes zu offenbaren und sich deshalb zwischen alle Stühle – der Moralisten, der Gesetzesprediger, der Politiker – setzt. Der zugleich nach dem Willen seines Vaters die tragfähige Lebensbrücke, der Urheber ewigen Heils ist. Gott selbst hat ihn in jene unsichtbare, unvergängliche und unbegreifliche Wirklichkeit aufgenommen, die kein Auge je gesehen hat. Ohne diese Brücke – ohne Jesus Christus – wären wir „vater-los“, verlören wir das Geheimnis des Lebens aus dem Auge und stürzten in den Abgrund des Nichts und der Bodenlosigkeit. Mit dem Glauben an Jesus Christus wird Jesu Vater auch

unser Vater, haben auch unsere Schreie einen Adressaten, kann neues Vertrauen wider den Augenschein und der Vernunft wachsen.

Seht, welch ein liebender Mensch! Weder vermenschlicht er Gott noch vergöttlicht er den Menschen. Die Liebe zum Vater befähigt ihn, Menschen – sogar den Feind – zu lieben. Ein Geliebter liebt, ein von Gott Befriedeter stiftet Frieden und betet für seine Peiniger: „Vater, vergib ihnen; denn sie wissen nicht, was sie tun“. In der Welt des Hasses, der Heuchelei, der Intoleranz, der Vorur-

teile und der Scheuklappen wird die gelebte Botschaft der Umkehr und Versöhnung laut.

Vielen Christen fällt es auch heute noch schwer, sich von lieb gewordenen Haßgefühlen, Feindbildern und Vorurteilen abzuwenden. In manchen Gemeinden fehlt immer noch ein haßfreier Raum. Der Haßschrei „Kreuzige, kreuzige ihn“ ertönt erneut, wenn man nicht ertragen kann, daß der andere anders ist, als man selbst. Wer aber Christus und seine Gemeinde lieb hat, der wird bemüht sein, kalten politischen und weltanschaulichen Aktivismus und langweilige Mittelmäßigkeit aufgrund von

Hochmut, Neid und Bequemlichkeit zu überwinden. Der setzt sich ein für ein christliches Profil der kirchlichen Gemeinde, in der Jesus Christus gepredigt und gelebt wird. Nur derjenige, der zuerst den Blick auf diese ewige Brücke geworfen und ihre Tragfähigkeit persönlich erfahren hat, der kann immer wieder neu Brücken zu Mensch in Verantwortung vor Gott und mit Vernunft schlagen. Dann bricht Gottes Herrschaft schon jetzt an. Das ist keine Jammerbotschaft einer religiösen Sonderwelt, sondern eine froh- und neu-machende begründete Hoffnung der Gemeinde Jesu Christi für die Welt.

Kirchentag und Kontenkündigung

Albrecht Martin

Am 16. März 1987 erklärte das Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages seine Geschäftsbeziehungen zur Deutschen Bank, die es abgelehnt hatte, bei Umschuldungsverhandlungen politischen Druck auf Südafrika auszuüben, für beendet.

Welche Konsequenzen dies für die Zukunft dieses Forums evangelischer Christen haben kann, lassen die Ausführungen des Bundesvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Albrecht Martin, erkennen.

Die Entscheidungen des Deutschen Evangelischen Kirchentages, die Zusammenarbeit mit der Deutschen Bank zu beenden und die bei der Deutschen Bank unterhaltenen Konten zu kündigen, hat den Vorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU veranlaßt, seine Teilnahme am diesjährigen Kirchentag in Frankfurt am Main zu überprüfen. Wie erinnerlich, traf der Vorstand des Evangelischen Kirchentages diese Entscheidung, weil die Deutsche Bank sich außerstande sah, die Aufrechterhaltung ihrer Geschäftsverbindungen zur Südafrikanischen Union und die von Südafrika gewünschte Umschuldung davon abhängig zu machen, daß Südafrika die Politik der Rassentrennung beende. Die Deutsche Bank hatte geltend gemacht, daß ihre Vertreter die

Politik der Apartheid zwar ablehnten, daß sie aber ihre Geschäftsverbindungen nicht von den innenpolitischen Verhältnisse eines Landes abhängig machen könne.

Die mit Mehrheit getroffene Entscheidung des Präsidiums des Kirchentages ist sowohl in den eigenen Reihen als auch bei anderen führenden Repräsentanten unserer Kirche auf Ablehnung gestoßen. Ich selbst habe nach Bekanntwerden des Beschlusses des Kirchentagsvorstands darauf hingewiesen, daß

- es nicht glaubwürdig sei, die Gewährung von Krediten durch deutsche Banken zwar im Falle Südafrika von der Beachtung der Menschenrechte abhängig zu machen, im Falle aller anderen Staaten, in denen die Bürger- und Menschenrechte ohne Zweifel auch nicht beachtet werden, diese Forderung aber nicht zu stellen;
- nach aller Erfahrung wirtschaftliche Boykottmaßnahmen gerade jene Schichten der Bevölkerung treffen, um deren Rechte es geht, während bei fortschreitender Industrialisierung die Chancen für mehr Gleichberechtigung steigen;
- man bedenken müsse, daß Mitarbeiter der Deutschen Bank sich

von einer nicht unwichtigen Institution der evangelischen Kirche mit einem moralischen Makel gezeichnet fühlen müßten.

Politische Forderungen nicht zu Glaubensfragen machen.

Abgesehen von dem konkreten Fall wird durch die Entscheidung des Kirchentages ein grundlegendes Problem deutlich: Gruppen, die sich beim Kirchentag engagieren wollen, zwingen durch die Drohung eines Gegenkirchentages oder die Ankündigung ihres Fernbleibens den Kirchentag zu einer Entscheidung, die wahrscheinlich wenn nicht von der Mehrheit der Kirchentagsteilnehmer, so doch der evangelischen Christen in dieser Form nicht mitgetragen wird. Dabei handelt es sich, wie auch der Vorstand des Kirchentages feststellt, nicht um eine Glaubensentscheidung, sondern ausschließlich um die Frage, ob wirtschaftlicher Boykott ein sinnvolles Mittel des Kampfes gegen die Apartheid-Politik ist. Jene Gruppierungen, die den Kirchentag vor die oben beschriebene Entscheidung gestellt haben, erklären aber die Frage der Geschäftsbeziehungen zu Südafrika zu einer Glaubensfrage.

Man muß sich darüber klar sein, was das für Konsequenzen haben kann: Die Gemeinschaft des Kirchentages begründet sich nicht mehr in der Gemeinsamkeit des Glaubens, sondern sie wird abhängig gemacht von konkreten politischen Entscheidungen. In dieser Gefahr stand der Kirchentag in Hannover, als viele versuchten, ihn zum Forum einer Entscheidung gegen die Nachrüstung zu machen. Was dabei besonders beschwerlich ist, ist die Tatsache, daß nicht mehr die gemeinsame Überzeugung im Mittelpunkt steht,

daß Apartheid Sünde ist, sondern daß vor allem sichtbar wird die Forderung nach wirtschaftlichem Boykott.

Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten zu verhindern, daß aus dem Deutschen Evangelischen Kirchentag als einem Forum evangelischer Christen eine Veranstaltung mit einseitigen politischen Forderungen wird. Es kommt uns dabei nicht in erster Linie darauf an, der einen politischen Forderung die andere entgegenzusetzen, sondern wir wollen zei-

gen, daß auf der Grundlage des Glaubens man die Freiheit gewinnt, unterschiedliche Möglichkeiten praktischer politischer Schritte zu diskutieren. Wir wollen dem totalitären Anspruch eine Toleranz entgegensetzen, die ihre Kraft gerade dadurch empfängt, daß sie die eigenen Glaubensgrundlagen klar erfaßt.

Darum wird der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU auf dem Frankfurter Kirchentag sein und, wo immer das möglich ist, das Gespräch suchen.

Anfrage

Die Entscheidung des Kirchentages hat von unterschiedlicher Seite Kritik erfahren. Daß dieser symbolische Akt wenig überzeugen kann, verdeutlicht auch die Presseerklärung (17. 3. 1987) des Bundesgeschäftsführers des EAK, Erhard Hackler:

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU wird sich am kommenden Deutschen Evangelischen Kirchentag in Frankfurt nach wie vor beteiligen. Dies obwohl die Präsidiumsentscheidung des Kirchentages, sämtliche geschäftlichen Beziehungen zur Deutschen Bank unverzüglich abzubrechen, der Glaubwürdigkeit dieser wichtigen evangelischen Laien-

organisation schweren Schaden zugefügt hat. Mutet es doch merkwürdig an, daß der Präsidiumsbeschluß unter die Verantwortung der Präsidentin des Deutschen Evangelischen Kirchentages, Frau Eleonore von Rotenhan, fällt. Sie ist seit 1982 für die betriebliche Sozialarbeit der Siemens AG zuständig, die gegenwärtig innerhalb von 5 Firmen noch stark am Südafrikageschäft beteiligt ist.

Welche Konsequenzen wird das Kirchentagspräsidium aus dieser Tatsache ziehen? Wird Frau von Rotenhan der Siemens AG kündigen oder als Präsidentin zurücktreten?

Mit dem Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages und wohl auch der Mehrzahl seiner Besucher bin ich der Auffassung, daß Apartheid Sünde und rigoros zu überwinden ist. Es fragt sich nur wie. Der weltbekannte südafrikanische Herzchirurg Christian Barnard erhob schwere Vorwürfe gegen diejenigen Geistlichen, die sich für Boykotte gegen Südafrika aussprechen. Barnard sagt den Hungertod von 15 Millionen Kindern voraus für den Fall, daß aufgrund von Sanktionsmaßnahmen Südafrika als wirtschaftlich lebensfähige Region auf dem afrikanischen Kontinent zerstört wird. Und gibt es nicht auch den Kirchentagsverantwortlichen zu denken, daß Bischof Mokoena, Rektor des Theologischen Kollegs der unabhängigen reformierten Kirche im südlichen Afrika, entführt, mißhandelt und beraubt wurde.

Was sagt der Deutsche Evangelische Kirchentag dazu, daß der ANC ihm zuvor angedroht hat, er werde „die volle Kraft des Volkskrieges zu spüren bekommen“, wenn er weiterhin die Linie des gewaltlosen Reformkurses verfolge?

Offensichtlich hat der Kirchentag unter dem Druck einer Minderheit gehandelt, die weder weltwirtschaftliche Zusammenhänge begreift, noch vorstehende Tatsachen zur Kenntnis nehmen will. Man hätte ihm mehr Selbstbewußtsein zugetraut und gewünscht. Dies ist um so bedauerlicher, als der Kirchentag in Zeiten einer schwierigen Situation der Evangelischen Kirche in Deutschland generell gerade in den letzten Jahren sich zugetraut und bewiesen hat, daß er ein offenes Forum für den Austausch unterschiedlichster Meinungen im Interesse des Zusammenhalts im Protestantismus ist.

Unsere Autoren:

Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl, MdB
Adenauerallee 139 – 141a
5300 Bonn

Bundesminister
Dr. Walter Wallmann, MdB
Adenauerallee 139 – 141a
5300 Bonn

Dr. Reinhard Göhner, MdB
Bundeshaus
5300 Bonn

Burkhard Budde
Werbürger Str. 6
4905 Spenge

Staatsminister
Albrecht Martin, MdL
Schedestr. 1. – 3
5300 Bonn

Erhard Hackler
Friedrich-Ebert-Allee 73 – 75
5300 Bonn

K. Rüdiger Durth
Frankenstr.
5300 Bonn

idea: Der Evangelische Arbeitskreis (EAK) der CDU/CSU hat Ihnen schwere Vorwürfe gemacht. Er fragte, welche Konsequenzen das Kirchentagspräsidium aus der Tatsache ziehen wolle, daß Ihr Arbeitgeber, der Siemens-Konzern; stark in Südafrika engagiert sei: „Wird Frau von Rotenhan der Siemens AG kündigen oder als Präsidentin zurücktreten?“

von Rotenhan: Ich habe bisher weder einen Brief noch einen Telefonanruf des EAK in dieser Richtung bekommen. Also kann ich darauf derzeit nicht antworten.

idea, 23. 3. 87

„Verstand in der Posaune“ — Stimmen zur Kirchentagsentscheidung

Heinz Zahrnt hält Kirchentags- Entscheidung für falsch

Der frühere Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages, **Heinz Zahrnt**, hält die Entscheidung des Kirchentags-Präsidiums zur Beendigung der Geschäftsbeziehungen mit der Deutschen Bank **aus theologischen und politischen Gründen für falsch**. Gegenüber dem Evangelischen Pressedienst sagte der Theologe und Publizist, er sorge sich jetzt um den Forumscharakter des größten Treffens der Protestanten. Die Liberalität, die den Kirchentag in vergangenen Jahren ausgezeichnet habe, müsse bleiben, Zahrnt war von 1971 bis 1973 Präsident des Kirchentages und gehört auf Lebenszeit dem Präsidium als Gast an.

Sowohl die Deutsche Bank als auch der Kirchentag seien sich in der Ablehnung der Apartheid in Südafrika einig, unterstrich Zahrnt. Den Druck von Aktionsgruppen, die sich am „Markt der Möglichkeiten“ des Kirchentages beteiligen und mit der Aufkündigung ihrer Mitarbeit gedroht hatten, bezeichnete er als „sehr groß“. Dahinter stünden zwar „faire, noble Motive der ökumenischen Verbundenheit“ mit engagierten Christen in Südafrika. Allerdings dürfe der Kirchentag nicht selbst zu einer „einseitigen politischen Aktionsgruppe“ werden. „Wenn die Glaubensfahne flattert, ist der Verstand in der Posaune“, fügte er hinzu.

Ein „Lernbeispiel“ für Gefährdung kirchlicher Gemeinschaft

Vor dem Aufbau von „Feindbildern“ oder gar einem „moralischen Krieg“ bei der Auseinandersetzung von Vertretern unterschiedlicher theologischer und politischer Positionen hat Kirchenpräsident **Helmut Spengler** am Freitag, 27. März, vor

der in Frankfurt tagenden Synode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau gewarnt. Die Kontroverse zwischen dem Kirchentag und den Südafrika-Gruppen in der Frage der Beendigung der Geschäftsbeziehungen zu den in Südafrika engagierten Banken sei, wie Spengler in seinem Bericht zur Lage in Kirche und Gesellschaft sagte, ein „Lernbeispiel“ für Gefährdungen der Gemeinschaft in der Kirche.

Der Kirchenpräsident unterstrich, daß die Leitung der Landeskirche den Beschluß des Kirchentagspräsidiums, das Konto bei der Deutschen Bank zu kündigen, als eine in freier, eigener Verantwortung getroffene Entscheidung respektiere und „als den Versuch eines Zeichens der Solidarität“ mit den Menschen in Südafrika und den Südafrika-Gruppen des Kirchentags verstehe. Wer aber in der Frage des Bankenboykotts als Christ zu einer anderen politischen Entscheidung als geeignetes und vertretbares Mittel gegen das Apartheidregime komme, dürfe nicht verdächtigt werden, „weniger auf der Seite der Unterdrückten“ zu stehen, betonte Spengler.

„Konto-Kündigung kein Beitrag zur Überwindung der Apartheid“

Eine Konto-Kündigung bei Banken, die Geschäftsbeziehungen zu Südafrika haben, ist nach Ansicht des Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), des West-Berliner Bischofs **Martin Kruse**, kein hilfreicher Beitrag zur Überwindung des Systems der Rassentrennung. Der Beschluß des Kirchentags zur Konto-Kündigung bei der Deutschen Bank ist innerhalb der evangelischen Kirche heftig umstritten. Der Rat der EKD hatte dazu bereits am 30. März erklärt, er könne einen Abbruch der Verbindungen zu Banken und Unternehmen, die im Südafrika-Geschäft tätig sind, nicht befürworten.

Es sei nicht Sache der Kirche, auf Wirtschaftsvertreter Druck auszuüben, sagte Kruse. Vielmehr müßten sie im Gespräch überzeugt werden, mehr zu tun und Wegé der Einflußnahme zu suchen. „Die Wirtschaft muß ihren Einfluß offensiv geltend machen“, forderte der EKD-Ratsvorsitzende. Auch führende Vertreter der südafrikanischen Wirtschaft seien zu der Überzeugung gekommen, daß die Apartheid die Lebensgrundlagen aller Menschen in Südafrika zerstöre.

Viele Menschen könnten die Unterscheidung zwischen Kirchentag und EKD nicht nachvollziehen, unterstrich Kruse. Der Kirchentag verstehe sich als „Laienbewegung“ und solle das auch bleiben. Der Rat der EKD könne ihm keine Vorschriften machen. Mit dieser Freiheit sei aber zugleich „so etwas wie eine Verantwortung für das Ganze gegeben“. In diesem Zusammenhang übte der Ratsvorsitzende Kritik an der „Kampagne Kirchentag gegen Apartheid“, die mit Nachdruck die jetzt erfolgte Konto-Kündigung bei der Deutschen Bank gefordert hatte. Solche „Kampagnen“ könnten sich negativ auf den Kirchentag auswirken, der „Forum“ und „Ort des Gesprächs für die ganze Breite des Protestantismus“ sein müsse. Das Wort „Kampagne“ erinnere zudem an „Propaganda“ und habe „etwas Kriegerisches, Bedrohliches“, fügte Kruse hinzu.

Nach den Worten des EKD-Ratsvorsitzenden besteht die Gefahr, daß „innerhalb des Kirchentages Macht organisiert wird“. Wer andere Schwerpunkte setze oder andere Überzeugungen vertrete, finde dann möglicherweise „keinen rechten Ort mehr“. Ob das der Kirchentag ertragen könne, der alle zwei Jahre mehr als 100.000 Menschen zusammenführe, sei zu bezweifeln. „Ich fürchte, daß es ihn in seinem Wesen rampolieren würde“, sagte Kruse.

Kommentar: **Der gebeugte Kirchentag oder: Neues Lehrstück, wie man unter Christen die Mehrheit besiegt**

K. Rüdiger Durth

Nun hat er sich doch gebeugt. – der 22. Deutsche Evangelische Kirchentag vom 17. bis 21. Juni in Frankfurt. Ein paar kleine, dafür aber recht lautstarke linke Gruppen haben es geschafft, daß der Kirchentag bei der Deutschen Bank seine Konten kündigte. Die Bank wird das Geld leicht verschmerzen. Aber die Mehrheit der evangelischen Christen schüttelt den Kopf. Die Kirchentagslosung „Seht, welch ein Mensch“ wird vom vermeintlichen Kampf gegen die Apartheid verdrängt. Die entsprechenden Initiativgruppen sind stolz auf ihren Sieg und werden nun erst recht versuchen, dem größten protestantischen Laintreffen ihren Stempel aufzudrücken. Wird der Kirchentag in den Medien zum Südafrikatag? Mit Sicherheit wird ein gehöriger Scherbenhaufen zurückbleiben. Zum Schaden des Kirchentages, der sich so gern als protestantischer „Seismograph“, als „Zeitansage“ versteht. Es will scheinen, als ob er die Zeit nicht mehr ansagt, sondern nur noch anzeigt – durch seinen gegenwärtigen Zustand.

Es ist wie so oft: Nicht die Beurteilung der Rassentrennung in Südafri-

ka ist umstritten, sondern der Weg zu ihrer Überwindung. Der gute Wille, den Schwarzen zu helfen, macht die Aktionsgruppen blind. Sie fordern Zeichen, die sich letztlich gegen die Schwarzen als die Ärmsten des Landes richten. Denn von einem Abbruch der Handelsbeziehungen mit Südafrika, auf den die Forderungen an die Deutsche Bank hinauslaufen, werden in erster Linie eben die sozial Schwachen getroffen. Und was soll schon die Kündigung eines Kontos bringen? Was ist nun mit den Bank-Mitarbeitern, die Kirchensteuern zahlen und sich plötzlich wie Freunde der Apartheid vorkommen müssen? Was ist mit den Bankchefs? Die Deutsche Bank hatte am 22. Januar noch einmal schriftlich dem Kirchentag bestätigt, daß man in der Ablehnung des Rassismus und des Systems der Apartheid übereinstimmt.

Die vielen Gespräche zwischen Kirche, Kirchentag und Banken waren also vergeblich. Der Druck kleiner Gruppen war stärker als die politische und kirchliche Vernunft sowie die christliche Geduld. Man fürchtete einen Gegenkirchentag und Anti-Apartheids-Aktionen. Nun wird man

sie erst recht bekommen. Längst haben die Gruppen angekündigt, „diesen Kirchentag zu einem unüberhörbaren Signal gegen die Apartheid und für den Abbruch aller Beziehungen zum Apartheidssystem zu machen“. Durch sogenannte Mahnwachen sollen Banken, die mit Südafrika Geschäfte machen, an den Pranger gestellt werden. Niemand kümmert sich um die Banken, die mit Moskau glänzende Geschäfte machen und damit Arbeitslager, Christenverfolgung und Spielzeugbomben in Afghanistan unterstützen, wenn man der Argumentationsweise der Südafrikagruppen folgt.

Und so wird Frankfurt zu einem schmerzhaften Stich: Der Deutsche Evangelische Kirchentag als protestantisches Forum beugt sich kleinen Gruppen und politisch einseitigen Forderungen. Welche werden es morgen sein? Für heute bleibt festzustellen: Die Auflösung der Konten hat dem Kirchentag schwer geschadet, den Schwarzen Südafrikas aber nicht geholfen.

Quelle:idea, Nr. 27/87

Gott in Frankfurt – Eine Geschichte mit über 1000jähriger Tradition

Vom 17. bis 21. Juni dieses Jahres findet in Frankfurt am Main der 22. Deutsche Evangelische Kirchentag statt, der unter dem Motto „Seht, welch ein Mensch!“ steht und zu dem in Frankfurt mit 120.000 Besuchern gerechnet wird. Neben den Schwerpunktveranstaltungen auf dem Messengelände werden die evangelische Gemeinden in Frankfurt und zahlreiche kommunale Institutionen der Stadt mit

eigenen Programmen am Kirchentag beteiligt sein. Derzeit entsteht in Kooperation zwischen dem Fachbereich für Religionswissenschaften an der Johann Wolfgang Goethe-Universität und der Theologisch-Philosophischen Hochschule Sankt Georgen eine Ausstellung mit dem Titel „Gott in Frankfurt?“, die die wesentlichen Stationen Frankfurter Kirchengeschichte dokumentieren soll.

Die Ausstellung der Frankfurter Universität deutet in ihrem Titel „Gott in Frankfurt?“ an, daß die Geschichte der Gotteswissenschaft und der Religionen in Frankfurt keineswegs eine linear fortschreitende Heilsgeschichte war, sondern immer in Konflikten sich vollzog, sei es mit der weltlichen oder mit der klerikalen Obrigkeit. Theologie in Frankfurt war im-

mer höchst kontrovers, und Gottes Name wurde meist auf allen Seiten in Anspruch genommen. Das erste Dokument der Kirchengeschichte in Frankfurt ist gleichzeitig das erste Zeugnis der Stadt: „Franconofurd“ wird zum ersten Mal im Zusammenhang der Frankfurter Synode erwähnt, die 794 in der karolingischen Pfalz am Main stattfand. Sie gilt als die bedeutendste Kirchenversammlung unter Karl dem Großen und dokumentiert die Leitungsgewalt des Königs innerhalb seiner Reichskirche und seine Absicht, auf die theologischen Zentralfragen Einfluß zu nehmen, die fast die gesamte Christenheit seiner Zeit bewegten.

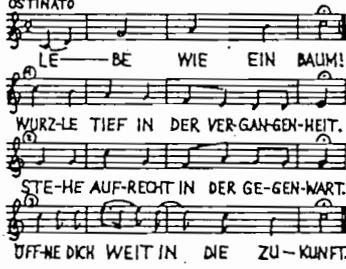
Sieg der Reformation

Frankfurt als freie Reichsstadt, aber auch als Krönungsstadt der deutschen Kaiser, als Stadt zwar ohne Kirchenfürsten, aber mit einem ausgedehnten Kirchenbesitz und in ständiger Berührung vor allem mit dem Erzbistum Mainz, eine Stadt mit einer zahlenmäßig großen jüdischen Gemeinschaft, die im Laufe der Jahrhunderte wechselweise verfolgt, verjagt oder der Zuflucht gewährt wurde – dies sind fortan die lokalen Koordinaten, unter denen sich Kirche und Theologie entwickelten. Die Durchsetzung der Reformation in Frankfurt, der der Ausstellungskatalog ein umfangreiches Kapitel widmet, zeigt einerseits die zwiespältige Haltung des Rats der Stadt Frankfurt, sie belegt andererseits aber auch den vergleichsweise freien Geist einer Gemeinde, in der das wohlhabende Bürgertum und die Zünfte die maßgeblichen sozialen Kräfte waren. Bereits in den Jahrhunderten vor der Reformation war es zu erheblichen Konflikten zwischen Stadt und Klerus gekommen. Sie betrafen den Vorrang des städtischen vor dem kirchlichen Recht und die Steuerfreiheit der Kirche beziehungsweise die Einschränkung des Kirchenbesitzes – ein Konflikt, der 1407 mit einem Teilerfolg der Stadt endete. Die Kirche mußte fortan eine Steuerpauschale auf ihre Besitzungen entrichten. Der Protestantismus fand in diesen antikerikalen Bestrebungen einen fruchtbaren Boden und konnte sich in Frankfurt, ähnlich wie in anderen reichsunmittelbaren Städten, in wenigen Jahren zur Hauptkirche ent-

wickeln. Die Durchsetzung der Reformation in Frankfurt kann als Volksbewegung bezeichnet werden. Sie hatte ihren Ausgangspunkt zwar im engeren Kreis des städtischen Patriziats, erfaßte aber große Teile der christlichen Gemeinden. Der Rat der Stadt nahm unterdessen eine unentschiedene Haltung ein – man wollte beiden Seiten gerecht werden, kaisertreu und proevangelisch zugleich sein, um einerseits die wirtschaftliche Sonderstellung Frankfurts nicht zu gefährden, andererseits den Stadtfrieden zu wahren. Dies trug mit zum „Aufstand der Zünfte“ im April 1525 bei. In den 46 Artikeln der Zünfte, die der Rat unter Druck der Volksmenge annehmen mußte, verbanden sich politische Zielsetzungen mit religiös-reformatorischen Motiven. Unter den religiösen Forderungen stand an erster Stelle die der freien Pfarrerwahl durch Rat und Gemeinde. Der Beschluß schließlich, der gemeinhin als das Datum des Frankfurter Übertritts zum Protestantismus gilt, ist durch eine Volksabstimmung erwirkt worden. Am 21. April 1533 wurde durch Gemeindebefragung die Suspension der katholischen Messe gefordert, die dann vom Rat einige Tage später befohlen wurde.

LEBE WIE EIN BAUM

OSTINATO



SO KANN DER KANON GESUNGEN WERDEN:

1. ALLE OSTINATO 1X
2. ALLE ② BIS ⑤ 1X
3. ② BIS ⑤ IM KANON
4. NACH EINSATZ ② OSTINATO DAZU
5. ALLE SCHLIESSEN MIT OSTINATO

1984 WÖRTE+WEISE VON STEFAN KIESEL

Die Niederlage der Protestanten im Schmalkaldischen Krieg führte zwar dazu, daß die Stadt wiederum ins kaiserliche Lager übergang und die Hauptkirche, der Dom (Bartholomäuskirche), wieder an die Katholiken zurückgegeben werden mußte,

was aber die Vorrangstellung des Protestantismus in Frankfurt nicht mehr erschüttern konnte.

Streit um die rechte Lehre

Frankfurt war danach eine zwar reformierte, nicht jedoch eine religiös reformierte Stadt. Das Bild der Auseinandersetzungen um den rechten Glauben wäre unvollständig, ohne die beiden exponierten Gegenstimmen zu erwähnen, die sich aus Frankfurt zu Wort meldeten und denen Ausstellung und Katalog ein eigenes Kapitel widmen. Johannes Dietenberger, der Prior der Dominikaner, und Johannes Cochläus, der Dekan des Liebfrauentifts, veröffentlichten Streitschriften gegen Luthers Reformation. Cochläus bezichtigte „den siebenköpfigen Luther“ in seiner Streitschrift „Gegen den Wittenberger Minotaurus in der Mönchskutte“ der Unehrlichkeit und der Doppelzüngigkeit; Dietenberger beschwor in seinem „Fragestück an alle Christgläubigen“, das an den Rat der „löblichen Stadt Frankfurt an dem Meyn“ gerichtet war, von der reformatorischen Irrlehre abzulassen.

Beide richteten ihre Streitbarkeit aber auch gegen Mißstände im eigenen Lager und forderten gemäßigte Reformen und vor allem die bessere Ausbildung der Priester. Zum Konfessionsmosaik jener Zeit gehören auch die presbyterianischen und anglikanischen Flüchtlinge, Engländer, Wallonen und Flamen sowie verfolgte Protestanten und Reformierte aus ganz Europa, denen die freie Reichsstadt am Main Zuflucht gewährte.

Genauso wie die Reformation haben die folgenden, zum Teil innerprotestantischen Strömungen oder Bewegungen in Frankfurt wichtige Stimmen oder gar ihre Begründer gefunden. Philipp Jakob Spener, der 1666 auf das Frankfurter Seniorat, das höchste Kirchenamt der Stadt, berufen wurde, ist der Begründer des lutherischen Pietismus, der eine Erneuerung der Kirche forderte.

Spener verfaßte in Frankfurt seine „Pia Desideria“ und versammelte ab 1670 Frankfurter Bürger bei seinen „Collegia pietatis“, die Vorbild für pietistische Zirkel in vielen Städten Deutschlands wurden.

Von Naumann bis Nell-Breuning

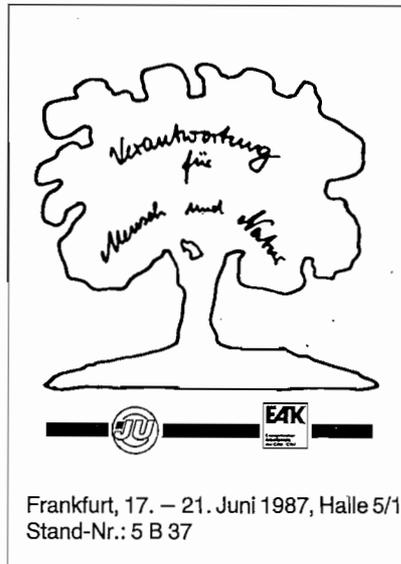
Daß die sozialen Umbrüche in der Mainstadt immer auch eine Herausforderung der Kirche waren – sei es die Ausdehnung von der kaiserlichen Pfalz des 8. Jahrhunderts zu einer mittelalterlichen Stadt mit 12.000 Einwohnern im 15. Jahrhundert, oder sei es die Vervierfachung der Einwohnerzahl zwischen 1880 und 1925 im Gefolge der Industrialisierung –, dies wird in den führenden Theologen und Kirchenmännern der Jahrhundertwende nachvollziehbar.

Von 1890 bis 1897 wirkte in Frankfurt Friedrich Naumann als Vereinsgeistlicher der Inneren Mission. Sein Versuch, eine kirchliche Soziallehre zu entwickeln und die sozialdemokratische Arbeiterschaft für ein neu verstandenes Evangelium zurückzugewinnen, führte ihn, gemeinsam mit seinem Schwager Martin Rade, zu zahlreichen Arbeiterversammlungen. Naumann und Rade forderten die Auseinandersetzung der Kirche mit der Sozialdemokratie. Naumann gründete im Jahr 1891 den Evangelischen Arbeiterverein, was ihm heftige Auseinandersetzungen mit dem Konsistorium einbrachte.

Martin Rade, der von 1892 bis 1899 Pfarrer an der Paulskirche war, begründete die Zeitschrift „Christliche Welt“, die als die bedeutendste Stimme des freien Protestantismus galt. Rade gehörte während des Ersten Weltkriegs zu den wenigen kirchlichen Autoritäten, die sich gegen die nationalistische Vereinnahmung des Christentums für das jeweilige „Vaterland“ einsetzten.

In das Jahr 1914 fällt die Gründung der Frankfurter Universität, an der auch die Theologie eine feste Heimat zu finden hoffte. Dies ließ jedoch auf sich warten, denn nach dem Willen der Universitätsgründer sollten entweder drei Fakultäten, eine protestantische, eine katholische und eine jüdische, gegründet werden oder gar keine.

Erich Foerster, der erste protestantische Professor der Hochschule, der dem Kreis um die „Christliche Welt“, später der Bekennenden Kirche angehörte, war ordentlicher Honorarprofessor, der Theologe Paul Tillich wurde 1929 auf einen Lehr-



Frankfurt, 17. – 21. Juni 1987, Halle 5/1, Stand-Nr.: 5 B 37

stuhl für Philosophie und Soziologie an der philosophischen Fakultät beufen.

1926 entstand mit der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen, die vom Jesuitenorden als Lehranstalt des Bistums Limburg eingerichtet wurde, eine außerhalb der Universität angesiedelte katholische Hochschule, an der unter anderem Oswald von Nell-Breuning, ein führender Vertreter der katholischen Soziallehre und Sozialethik, lehrte.

Der Machtantritt der Nazis war nicht nur eine Zäsur für die universitäre theologische Wissenschaft. Paul Tillich und mit ihm Max Horkheimer und Theodor W. Adorno mußten das Land verlassen. 1933 bedeutete auch das Ende für einen fruchtbaren Abschnitt der jüdischen Religionsphilosophie in Frankfurt, der seinen Anfang mit der Zusammenarbeit zwischen Martin Buber und Franz Rosenzweig gehabt hatte. Martin Buber wurde im Oktober 1933 seiner Honorarprofessur für Religionswissenschaften an der Frankfurter Universität „auf Grund von Paragraph 3 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ enthoben.

Die Ausstellung „Gott in Frankfurt?“ ist zunächst während des Kirchentages in der Universität zu sehen. Sie wird im Frühjahr 1988 für mehrere Wochen auch im Dominikanerkloster in Frankfurt gezeigt werden.

Hinweis der Redaktion: Zu der Ausstellung erscheint im Athenäum Verlag ein Begleitband, der neben den Erläuterungen der Exponate Beiträge zur Geschichte von Theologie und Kirche in Frankfurt enthält.

Quelle: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel, 16/1987

»Gemeindetag unter dem Wort«



**ZWÖLF GLAUBENSKONFERENZEN
UNTER DER GLEICHEN LOSUNG
14. bis 18. Juni 1987**



Informationen erhalten Sie über die Bekenntnisbewegung „Kein anderes Evangelium“, Worthstr. 49, 5880 Lüdenscheid.

Namen und Nachrichten

Landesbischof Engelhardt: „Die Bibel gilt“

Trotz weiter sinkender Mitgliederzahlen hat die Kirche nach Ansicht des badischen Landesbischofs, **Klaus Engelhardt** (Karlsruhe), auch in Zukunft noch eine „große Chance“ in der Gesellschaft. Sie sei darin begründet, daß „die Bibel gilt“, sagte er auf einer Landestagung des Arbeitskreises „Kirche und Handwerk“ innerhalb der Männerarbeit der badischen Landeskirche in Bad Herrenalb. Viele Menschen hätten „heute den Eindruck, daß in der Kirche jeder sagen kann, was er will“. Um so mehr müsse die Heilige Schrift als „Quelle und Norm der Verkündigung“ betont werden. Die Bibel darf nach Engelhardts Worten aber nicht als „religiöses Rezeptbuch“ verstanden werden. Es gelte, in ihr „Jesus Christus als unaussprechliches Geheimnis aufzuspüren“. Engelhardt bezeichnete es jedoch als „Unglauben“, wenn man meine, Jesus durch die Bibel „verfügbar“ zu haben. Der Landesbischof rief auch dazu auf, für das Kommen des Reiches Gottes zu beten, wobei es „anmaßend“ sei, es selbst verwirklichen zu wollen. Durch das Gebet bekämen Christen jedoch „eine Stoßkraft in diese Welt hinein“. Deshalb könnten sie auch „heiße Eisen“ anpacken: Frieden, Umwelt, Asylanten, Südafrika und eine neue Weltwirtschaftsordnung. An die rund 70 Tagungsteilnehmer appellierte der Bischof, in Auseinandersetzungen, etwa bei Tarifkonflikten, im Gegenüber „nicht ein Monstrum zu sehen“, sondern jemanden, „der auf Liebe antworten kann“. So könne sich der Glaube im Alltag bewähren.

Feministische Theologin verliert Lehrstuhl

Die prominente feministische Theologin **Elga Sorge** verliert ihren Lehrstuhl an der Gesamthochschule Kassel. Die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck kündigte jetzt zum 30. September einen Vertrag mit dem Land Hessen, dem die Kirchenbeamtin seit 1983 als pädagogische Mitarbeiterin an der Gesamthochschule für die Aus- und Fortbildung von Religionspädagogen überstellt war. Wie die Kirchenleitung in Kassel in einer Erklärung mitteilte, bestehe Grund zur Annahme, daß Elga Sorge „eine Lehre vertritt, die mit dem Bekenntnis der evangelischen Kirche nicht zu vereinbaren ist“. Die Religionspädagogin hat unter anderem „Zehn neue Gebote“ veröffentlicht, in denen es heißt „Du darfst ehebrechen. Du kannst ja nicht anders“. Das Kreuz als Heilssymbol der Christenheit bezeichnete sie als „pervers“. Wie die Leitung der rund eine Million Mitglieder zählenden Landeskirche weiter mitteilte, wird ihr Bischof **Hans-Gernot Jung** — er ist auch stellvertretender Ratsvorsitzender der EKD — einen Gesprächskreis berufen, der mit der Pädagogin die strittigen theologischen Fragen erörtern soll. Sobald das Gesprächsergebnis vorliege, werde der Bischof weitere Entscheidungen treffen. Die kurhessen-waldeckische Kirche hatte sich bereits am 11. März in einer Erklärung von den Ansichten der 46jährigen Theologin distanziert. Lehraufträge für Feministische Theologie waren ihr vom Fachbereich Erziehungswissenschaften der Hochschule erteilt worden. Auslöser für die Auseinandersetzung war ein Fernsehauftritt der Theologin im Januar, bei dem sie ihre umstrittenen Thesen geäußert hatte.

Bundeskanzler Kohl würdigt Arbeit des Christlichen Jugenddorfwerkes

Bundeskanzler **Helmut Kohl** hat die Arbeit des Christlichen Jugenddorfwerkes Deutschlands (CJD/Göppingen) gewürdigt. Aus Anlaß seines 40jährigen Bestehens dankte Kohl dem Werk in einer Grußadresse, daß es sich der Jugendlichen annehme, die ohne diese Hilfe keine Chance hätten, in Gesellschaft und Beruf zu bestehen. Das Werk trage damit „zum sozialen und inneren Frieden in unserer Gesellschaft bei“. Das CJD, in dessen 121 Einrichtungen derzeit fast 82.000 Jugendliche geschult werden, ist das größte freie Ausbildungs- und Bildungswerk in der Bundesrepublik. Es hat seit seiner Gründung im Jahre 1947 durch **Prof. Arnold Dannemann** fast 1,4 Millionen junge Menschen betreut. Hauptredner bei der Feier zum 40jährigen Bestehen des CJD Ende März in Stuttgart war der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth. Er eröffnete zusammen mit CJD-Präsident Christopher Dannemann eine bundesweite Aktion für asthmakranke Kinder. Im Vorfeld eines vom 7. bis 15. Oktober dauernden „Deutschland-Laufes“ von rund 600 Schülern und Auszubildenden können ab sofort in 12 Jugenddörfern sogenannte „Kilometersteine“ gekauft werden. Der Erlös kommt 145 asthmakranken Schülern zugute, für die das CJD gegenwärtig auf dem Obersalzberg bei Berchtesgaden ein Asthmazentrum errichtet. Schirmherrin des Wohltätigkeitslaufes über eine 3.700 Kilometer lange Strecke ist die Frau des Bundespräsidenten, Marianne von Weizsäcker. Die Teilnehmer starten am 7. Oktober von Berlin, Ekernförde und Berchtesgaden aus nach Bonn.

Anschrift: CJD, Panoramastr. 55
7320 Göppingen-Faurndau

JU-Camp '87 Partnerschaft mit der Dritten Welt

Das diesjährige **Jugendcamp der Jungen Union** Deutschlands steht unter dem Motto „Partnerschaft mit der Dritten Welt: Zukunft gestalten — gemeinsam überleben“. Es wird in der Zeit vom 26. bis zum 31. Juli 1987 in Olpe stattfinden.

Es gibt kaum ein Thema, das langfristig so wichtig ist wie die ungerechte Verteilung der Reichtümer auf dieser Welt. Um ihr Engagement für die Dritte Welt weiter auszubauen, hat die Junge Union dieses Thema, das die politische Arbeit gerade der vergangenen Jahre stark geprägt hat, jetzt als Schwerpunkt für das diesjährige Jugendcamp gewählt.

Das Jugendcamp der Jungen Union bietet Gelegenheit, politische Themen gründlich in Theorie und Praxis zu erarbeiten und gleichzeitig eine gemeinsam gestaltete Ferienwoche zu erleben.

Vorgesehen sind Diskussionen mit Fachleuten und Politikern über Entwicklungshilfe, die Untersuchung konkreter Projekte auf Erfolg und Mißerfolg, eine Darstellung der von der Jungen Union Deutschlands übernommenen eigenen Projekte in Mittelamerika, die Erarbeitung neuer Aktionsvorschläge für entwicklungspolitisches Engagement und

eine Erkundung darüber, welche Bedeutung der Entwicklungspolitik von den Bürgern zugemessen wird. Insbesondere soll überlegt werden, wie eine Entwicklungspolitik aussehen muß, die tatsächlich Hilfe zur Selbsthilfe gibt.

Unterlagen und Anmeldeformulare können bei der Bundesgeschäftsstelle der Jungen Union Deutschlands, Annaberger Straße 283, 5300 Bonn 2, angefordert werden.

Verdienstmedaille für Prof. Dr. Bruno Heck

Als erste Persönlichkeit aus der Bundesrepublik Deutschland ist dem Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bundesminister a. D. Prof. Dr. **Bruno Heck**, die Verdienstmedaille der Katholischen Universität Lublin (KUL) verliehen worden. Die feierliche Übergabe fand am 24. März in Lublin statt.

Die Verdienstmedaille dieser polnischen Universität wurde als erstem dem 1981 verstorbenen Kardinal Stefan Wyszyński sowie Papst Johannes Paul II. zugesprochen.

Der Stiftungsvorsitzende wertete die Ehrung als Zeichen dafür, daß es der Stiftung gelungen sei, ein gutes Vertrauensverhältnis mit der Katholischen Universität Lublin und dem polnischen Katholizismus herzustellen. Was die Situation in Polen angehe, so habe er bei seinen Gesprächen den Eindruck gewonnen, daß der Wille zur Normalisierung nicht nur bei der Katholischen Kirche, sondern auch beim Staat vorhanden sei. Man sei sich in Polen einer gemeinsamen Verantwortung für die Zukunft bewußt.

Politik aus christlicher Verantwortung

Auf einer Veranstaltung der Freien evangelischen Gemeinde in Hamburg sagte der frühere Staatsminister im Bundeskanzleramt und stellvertretende EAK-Bundesvorsitzende, **Friedrich Vogel**, in einem Vortrag über die „Grundlagen einer Politik aus christlicher Verantwortung“:

„Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß es eine spezifische Kompetenz der Kirchen und des Christen für die Beantwortung der Fragen nach den Inhalten christlicher Ethik gibt. Erhebliche Zweifel habe ich aber daran, daß es eine spezifisch christliche Vernunft gibt, die uns in jedem Einzelfall verläßlich den Weg zum einzig richtigen Handeln weist...“

Ich lasse mir von einem kirchlichen Amtsträger gern sagen, es sei ein Gebot christlicher Nächstenliebe, daß ich mich nach Kräften um den Abbau von Arbeitslosigkeit bemühe. Aber ich bestreite ihm die Kompetenz, mir eine bestimmte arbeitsmarktpolitische Maßnahme als die einzig christliche vorzuschreiben. Ob eine Maßnahme Erfolg hat oder nicht oder ob sie sich gar kontraproduktiv auswirkt, ist eine Faktenfrage, über die unter Fachleuten möglicherweise heftig gestritten wird. Und das, obwohl über das Ziel – den Abbau von Arbeitslosigkeit – Einvernehmen besteht“.

Der Text dieses Vortrages ist die Grundlage des Beitrages von Friedrich Vogel in dem von Reiner A. Terhorst herausgegebenen Buch zum Verhältnis von Christlichen Demokraten und Evangelischer Kirche, das Mitte des Jahres im Sinus-Verlag erscheinen wird.

Aus unserer Arbeit

Interview des EAK im Main-Taunus-Kreis zum Kirchentag

Der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) in der CDU des Main-Taunus Kreises, Dr. Gerhard Stöckigt, befragte in diesen Tagen den hauptamtlichen Kreisbeigeordneten und zuständigen Dezernenten Jürgen Nagel zum Ablauf des Evangelischen Kirchentages vom 17. bis 21. Juni 1987 in Frankfurt. Jürgen Nagel, der evangelische Theologie, Mathematik und Bildende Kunst studiert hat, setzte sich frühzeitig für eine aktive Unterstützung des Kirchentages durch den Main-Taunus-Kreis ein.

Dr. Stöckigt: Der 22. Deutsche Kirchentag findet in Frankfurt statt. Was hat der Main-Taunus-Kreis damit zu tun?

Nagel: Zum Kirchentag in Frankfurt werden rund 120.000 Dauerteilnehmer erwartet. Das ist eine Besucherzahl, mit der die Stadt Frankfurt allein nicht fertig wird. Der Nachbarkreis Main-Taunus hat deshalb seine Hilfe den Organisatoren

des Evangelischen Kirchentages angeboten.

Dr. Stöckigt: Wie sieht das Hilfsangebot aus?

Nagel: Vordergründig und vorrangig geht es zunächst einmal um die Unterbringung der Besucher. Hier habe ich für den MTK die kostenlose Unterbringung von ca. 15.000 Besuchern in Massen- und Gruppenquartieren angeboten.

Dr. Stöckigt: Wie wollen Sie dieses Angebot realisieren?

Nagel: Zusammen mit meinen Mitarbeitern im Schulverwaltungsamt habe ich geprüft, welche Schulen und Sporthallen des Kreises sich als Quartiere eignen. Wir konnten der Kirchentagsleitung 45 Schulgebäude mit 740 Räumen sowie 32 Sporthallen zur Nutzung anbieten.

Dr. Stöckigt: Wieviel Quartiere wurden demnach angeboten?

Nagel: Mit ausreichend sanitärer Versorgung können wir damit 11.039 Personen in Klassenräumen und 3.872 in Sporthallen unterbringen.

Wir beachten dabei jeweils die Richtlinien

der Kirchentagsleitung, die hierbei über mehr Erfahrung verfügt als unsere Verwaltung.

Dr. Stöckigt: Konnten Sie diese Entscheidung als Schuldezernent allein fällen?

Nagel: Nein. Hierzu war die Zustimmung des Kreisausschusses notwendig. Immerhin müssen wir an 45 Schulen und 32 Sporthallen unsere Hausmeister je rund 30 Überstunden für diese 5 Tage ableisten lassen.

Dr. Stöckigt: Welche Kosten entstehen dem Main-Taunus-Kreis für die Vorhaltung der Quartiere?

Nagel: Wir haben für die Überstundenvergütung unserer Hausmeister rund 28.000,- DM zu zahlen. Aber auch die Betriebskosten – es sind zu dieser Zeit Schulferien – von 38.650,- DM sind beachtlich. Würde der MTK auch Mietkosten – wie bei einer gewerblichen Nutzung – erheben, so wären dies nochmals 1.088.880,- DM.

Dr. Stöckigt: Der Main-Taunus-Kreis unterstützt demnach den Evangelischen

Kirchentag mit einer Sachleistung von rund 1,2 Millionen DM. Erhält er dadurch Einfluß auf den Kirchentag?

Nagel: Nein. Der Kirchentag wird von den Organisatoren in eigener Verantwortung durchgeführt. Der Kreisausschuß hat seine Zustimmung ohne Auflage gegeben. Im Vorfeld der Entscheidung gab es allerdings Überlegungen, ob eine Unterstützung des Evangelischen Kirchentages durch den Main-Taunus-Kreis erfolgen soll, nachdem die Leitung des Kirchentages sich unter Druck setzen ließ und die Konten bei Großbanken, wie z.B. der Deutschen Bank, kündigte. Die Leitung des Kirchentages mischte sich damit direkt in die Bankgeschäfte der Deutschen Bank mit Südafrika ein.

Dr. Stöckigt: Welche Diskussion hat dieser Beschluß bei Ihren Gremien ausgelöst?

Nagel: Ich habe in der Derzernenten-Konferenz mit Landrat Dr. Bernward Löwenberg und dem 1. Kreisbeigeordneten Wolfgang Knoll die Frage erörtert, ob der Kreis einen Kirchentag unterstützen kann, dessen Leitung sich politisch unter Druck setzen läßt. Genauso wie der Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) bedauern wir das Verhalten der Kirchentagsleitung. Wir wollen jedoch Druck und Erpressung nicht mit gleichen Mitteln heimzahlen. Dies ist nicht unser Stil der Auseinandersetzung. Ich werde mich allerdings während des Kirchentages mit meiner Auffassung über Aufgabe der Kirche der Diskussion stellen.

Dr. Stöckigt: Herr Nagel, ich danke Ihnen für das Gespräch und versichere Ihnen, daß der EAK erfreut ist über die hervorragende Unterstützung des Main-Taunus-Kreises für den Evangelischen Kirchentag. Der Evangelische Arbeitskreis wird ebenfalls am Evangelischen Kirchentag mitwirken und sich für christliche Freiheit und Toleranz einsetzen.

Chancen und Risiken der Gentechnologie

Selsingen. „Der Eingriff in die Grundbausteine des Lebens ist der zweite Sündenfall der Naturwissenschaft“, sagte Pastor **Dr. Ulrich Betz** (Hamburg) auf einer Veranstaltung des Evangelischen Ar-

beitskreises der CDU im Landkreis Rotenburg/Wümme.

Der Vorsitzende des Arbeitskreises, **Albert Rathjen** (Bremervörde), wies in seinen einleitenden Worten darauf hin, daß die Gentechnologie durchaus positive Chancen auf den Gebieten der Pflanzen- und Tierzucht, des Umweltschutzes eröffne. Aber auch beim Menschen gebe es weitreichende Möglichkeiten der Heilung, Therapie und Krankheitsvorbeugung. Vor allem bei der Bekämpfung der Erbkrankheiten stehe man vor aussichtsreichen Ansätzen. Allerdings dürfe die Diskussion über die Anwendung der Gentechnologie nicht nur von der Naturwissenschaft bestritten werden. Die christliche Ethik und damit auch die christliche Gemeinde ist hier gefordert.

Pastor Dr. Ulrich Betz schilderte zu Beginn seiner Ausführungen die Situation in Industrie und Forschung. Ein großer Teil der Forschungsgelder fließe heute in die genetische Forschung. Die für manche Leute faszinierende Vorstellung, eines Tages Menschen außerhalb des Mutterleibes zu gestalten, rücke langsam in den Bereich des Möglichen. Die Gentechnologie biete durchaus Möglichkeiten, den Menschen zu helfen. Allerdings gehen hier Segen und Fluch Hand in Hand. Die künstliche Erschaffung von Menschen habe zur Folge, daß Kinder, keine Abstammungsverhältnisse mehr haben, d.h. Vater und Mutter sind nicht mehr bekannt. Die Menschen verlieren somit ihre Identität und nehmen Schäden an der Seele.

Die gentechnologische Forschung sei allerdings schon fragwürdig, weil dafür Embryonen geopfert werden müssen. Der Referent wies an dieser Stelle auf ein Spannungsfeld hin: Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland regelt das Zusammenleben der Menschen nach bestimmten Werten. So gibt es einmal das Recht auf Unversehrtheit des Menschen und damit die Würde des Menschen. Andererseits gibt es aber auch das Recht auf Freiheit der Forschung. „Dieser Konflikt ist schwer zu lösen“, sagte der Referent. Dr. Betz betonte die Notwendigkeit der Existenz von Normen bei der Anwendung der Gentechnologie und ging auf das biblische Menschenbild ein: Der Mensch sei dort in seiner Beziehung zu Gott beschrieben, jeder verdankt seine Existenz dem schöpferischen „Ja“ Gottes. Davon leitet sich die Würde des Menschen ab. In

dem „Ja“ Gottes bestehe auch das Lebensrecht des Menschen, der nach dem Willen Gottes von einem Mann und einer Frau gezeugt werden soll. So sei auch das alttestamentliche Wort vom „ein Fleisch sein“ zu verstehen. Wichtig sei aber auch, daß der Mensch in eine Familie hineingeboren werde, die ihm Zuneigung, Geborgenheit und Liebe schenken kann.

Anfechtung und Hoffnung des Christen

Radolfzell. „Wer sich einsetzt, setzt sich aus. Der als Christ handelnde wird sich immer wieder vor der Frage nach dem Sinn seiner Position sehen. Glaubenszweifel sind ein notwendiges Phänomen für den wirklich Gläubigen“. Diese Denkanstöße lieferte Pastor **Jens Motschmann** aus Itzehoe/Schleswig-Holstein in einem Vortrag vor dem Evangelischen Arbeitskreis (EAK) der CDU/CSU im Scheffelhof. Der Vortragsraum war gut gefüllt. Das Thema des Referats „Anfechtung und Hoffnung des Christen in der Volkskirche“, fand offensichtlich großes Interesse.

Dennoch sieht sich auch die evangelische Kirche einer wachsenden Zahl von Austritten gegenüber. Mit einem ermunternden „Antreten nicht austreten“ beendete somit auch **Pfarrer Latk** aus Oberuhdingen seine einleitende biblische Besinnung.

Trotz aller aufbauenden Worte steckt die Kirche heute offensichtlich in einer schweren Krise. Verantwortlich dafür, so der Referent, sei die Uneinheitlichkeit der Kirchenmitglieder, was heute oft positiv als „Pluralismus“ bezeichnet werde. Das kirchliche Umfeld entwickle sich zum Tummelfeld für obskure Irrlehren, das Wort Gottes werde zunehmend für ein persönliches Interesse zurechtgestutzt, umgedeutet zu bloßen „Worthülsen“.

Pastor Motschmann störte sich an der „Politisierung und Ideologisierung“ der biblischen Verkündigung, auch im eigenen engeren Umfeld des EAK. Politische Probleme wie die Apartheid in Südafrika, die Friedensfrage, das Waldsterben oder das Verhältnis zum Staat, würden zu Glaubensfragen erhoben, die Predigt degeneriere somit häufig zum „Zeitungslesen von der Kanzel“.

Der EAK Rhein-Sieg und Bonn lädt ein:

Deutscher Evangelischer Kirchentag – Umstritten im Protestantismus

mit K. Rüdiger Durth und Dr. Gerhard Voss

Dienstag, 26. Mai 1987, 19.30 Uhr, Zentrum für Arbeitnehmerbildung,
5330 Königswinter, Johannes-Albers-Allee 3

EAK-Termine

11. 7. 1987 Landestagung EAK-NRW: Chancen und Risiken der Gentechnologie in Münster, ABC-Schützenhof
19. 9. 1987 Landestagung EAK-Niedersachsen: Leben schützen – Leben weitergeben
Walsrode, Haus des Gastes
30. 10. 1987 Landestagung EAK-Bremen: Die Rolle der Frau in Familie, Kirche und Gesellschaft
Bremen, Deutsches Haus

„Wo kann sich der Gläubige heute orientieren, wie sein Handeln bestimmen? Fromm sein ist gar nichts, der christliche Gehalt ist wichtig“. Der wahre Christ soll nicht aus einer momentanen Emotion, aus einer politischen Ansicht heraus handeln, sondern rückblicken. Diese Überprüfung durch die göttliche

Lehre helfe dem Gläubigen, aus seiner Religion heraus, das Richtige zu tun.

Der Vortrag traf nicht nur auf Beifall. Für einzelne klangen die Worte Pastor Motschmanns zu glatt und einfach. Mehr Kampfgeist wurde gefordert, mehr Stellungnahmen zu aktuellen Zeitproblemen.

Man dürfe nicht wieder schweigen, wie es vor '45 geschehen sei, man müsse der Realität ins Auge sehen.

Leider wurde auf Schwierigkeiten „vor der eigenen Haustür“, beispielsweise das Generationsproblem in der erhitzten Diskussion kaum eingegangen.

Buchbesprechung

Andreas Feige, Ingrid Lukatis, Wolfgang Lukatis. Kirchentag zwischen Kirche und Welt. Auf der Suche nach Antworten. Eine empirische Untersuchung auf dem 21. Deutschen Ev. Kirchentag in Düsseldorf.

212 Seiten, zahlreiche Tabellen, Schaubilder, Übersichten, kart.

Kirchentagsbesucher vermissen vor allem in der Kirche eine Verbindung von Reden und Handeln, ein gemeinsames „Tun“. Fröhlichkeit und Offenheit, auch im Gespräch über Glaubensfragen, scheinen vielen von ihnen in der alltäglich erlebten Kirche allzu wenig gegeben. Dem steht bei der Mehrheit der Befragten eine persönliche Glaubenshaltung gegenüber, die vom „Glauben an das Wesentliche, nämlich an Gott und Jesus Christus, ausgehend, durch einen offenen Umgang mit Fragen und Zweifeln gekennzeichnet sei. Diesen Schluß ziehen die Autoren einer empirischen Untersuchung. Unter dem Titel „Kirchentag zwischen Kirche und Welt“ sind ihre Ergebnisse, die auf Befragungen auf dem 21. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Düsseldorf 1985 beruhen, jetzt im Berliner Wichern-Verlag erschienen. Der Kirchentag verbinde, anders als vielfach Kirche und Gemeinde, darüberhinaus die Generationen zu gemeinsamem Reden,

Hören und Handeln, was ihn von Alltagskirche und Gesellschaft abhebt.

Nachdem die Verfasser 1984 bereits eine Untersuchung über jugendliche Kirchentagsteilnehmer vorgelegt haben, gebe diese umfassende Analyse Auskunft über die Gesamtheit der Kirchentagsbesucher und -mitarbeiter. In dem Buch sei, auch für die kirchliche Praxis, zu erfahren, wonach so viele Menschen, die ja größtenteils aus kirchlichen Gemeinden kommen, im religiös-kirchlichen Bereich suchen, was sie zuhause vermissen, zu welcher Art von Engagement sie bereit seien.

Die meisten Kirchentagsbesucher sind noch in der Ausbildung

Die Untersuchung basiert auf den Angaben von 1.559 Teilnehmern und 111 Mitwirkenden. Kirchentagsteilnehmer sind nach den Erhebungen in der Mehrzahl junge Männer und Frauen im Alter bis 25 Jahren, zum großen Teil noch in der Ausbildung an Schule oder Hochschule. Fast die Hälfte der Teilnehmer war in Düsseldorf 1985 zum ersten Mal dabei. Kirchentagsteilnehmer suchen in starkem Maße die Auseinandersetzung mit drängenden gesellschaftlich-politischen Problemen und wollen Antwort auf Fragen des christlichen Glaubens. Bei ei-

nem sehr großen Teil der Befragten sind diese beiden Interessenschwerpunkte ziemlich stark ausgeprägt. Dabei wollen die meisten Kirchentagsbesucher die aufgeworfenen Fragen in aller Ruhe verfolgen, sich aus einer gewissen Distanz heraus erst einmal zuschauend und zuhörend am Geschehn beteiligen.

Die meisten Kirchentagsbesucher nehmen auch im Alltag in mehrfacher Weise am kirchlichen Leben teil, durch den Besuch von Gottesdiensten, durch Beteiligung an Gemeindegruppen und/oder anderen kirchlichen Veranstaltungen. Mehr als die Hälfte der Kirchentagsbesucher habe eine besondere Aufgabe im Rahmen von Kirche und Gemeinde, zumeist ehrenamtlich, übernommen. Umgekehrt kann z.B. weniger als die Hälfte der Kirchentagsteilnehmer im Blick auf die eigene Heimatgemeinde konstatieren, „man fühle sich dort – wenn auch mit kleineren Einschränkungen – 'zu Hause'“. Besonders häufig werde der Wunsch geäußert, Kirche möge ein Ort sein, beziehungsweise werden, an dem „Menschen Probleme miteinander anpacken“, wo „Glaube und gesellschaftlich-politisches Handeln nicht dauernd voneinander getrennt werden“. In der Kirche gebe es u.a. zu wenig Fröhlichkeit, mangelnde Offenheit in Glaubensfragen.

Die Macht der Religion in der Politik

Tagung vom 26. – 28. Juni 1987 / Evangelische Akademie Loccum

Vorträge und Diskussion u.a. mit: Dr. Wolfgang Schäuble, MdB, Bundesminister für besondere Aufgaben; Dr. Diether Posser, MdL, Finanzminister; Erhard Hackler, EAK-Bundesgeschäftsführer

Anmeldung und Information:

Evangelische Akademie Loccum, 3056 Rehburg-Loccum, Tel. 057 66/81 - 0

„Miteinander Zukunft gewinnen“

28. Bundestagung, 16. – 18. Oktober 1987

Karlsruhe, Kongreßzentrum



Freitag, 16. Oktober 1987

20.00 Uhr **Theologisches Abendgespräch:**
mit Landesbischof Prof. Dr. Klaus Engelhardt
Minister Dr. Heinz Eyrich
Prof. Dr. Bodo Volkmann

Samstag, 17. Oktober 1987

9.45 Uhr **Eröffnung:** Staatsminister Albrecht Martin
11.00 Uhr **Vorträge:** Ministerpräsident Dr. Lothar Späth
Landesbischof Hans-Gernot Jung
13.00 Uhr Pressekonferenz
15.00 Uhr **Foren:** I. Jung sein – Alt werden
II. Mann – Frau
III. Erfolgreich – Enttäuscht

Sonntag, 18. Oktober 1987

11.00 Uhr **Öffentliche Schlußkundgebung** mit
Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl
Ministerpräsident Dr. Lothar Späth